

Rüstungsexportverbot im Bundestagswahlkampf

Die „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ lädt zum Mitmachen bei zahlreichen Aktivitäten ein
Von Jürgen Grässlin

CDU *Schwenke fordert Christin Merkel zu christlicher Politik auf* - Die Meldung verbreitete sich national und international wie ein Lauffeuer: Erstmals forderte ein CDU-Verband, der in Schwenke, Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem völligen Exportstopp von Kleinwaffen auf.

„Angesichts der alarmierenden Entwicklung der deutschen Rüstungsexporte hielten wir es für angemessen, die CDU an ihre christlichen Wurzeln und den im Grundgesetz verankerten friedenspolitischen Anspruch zu erinnern“, erklärte Jessica Gräber, Pressesprecherin des *Peng! Kollektivs* die satirische Kunstaktion. Getarnt als christliche CDU-Wählerbasis hatten die Berliner Aktivist*innen Anfang Mai eine entsprechende Online-Petition gestartet (siehe <https://www.change.org/p/angela-merkel-cdu-verzichtet-auf-kleinwaffenexporte>).



Der Bundessprecher*innenkreis (BSK) der DFG-VK reagierte prompt, schließlich war der Autor dieses Beitrags vorab in den Coup involviert gewesen. In einer Pressemitteilung würdigten wir die satirische Online-Petition des *Peng! Kollektivs* und des *Schauspiels Dortmund*.

Nachdrücklich verwies der BSK auf die desaströse Rolle des geheim tagenden Bundessicherheitsrats (BSR) unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel und dessen hemmungslose Exporte von Kleinwaffen an Repressoren und Diktatoren in Krisen- und Kriegsgebieten (siehe dazu die *Titelgeschichte* „Rüstungsexport ist oft Beihilfe zu Mord“ in der *ZivilCourage* 5/2016). Der BSK forderte die CDU/CSU-SPD-geführte Bundesre-

gierung dazu auf, „Kriegswaffenexporte zu stoppen – insbesondere den Stopp eben der Waffensysteme, mit denen die höchste Zahl an Opfern erzielt wird: der Kleinwaffen!“

Wie dramatisch die Lage auch in diesem Bereich ist, verrät der regierungsamtliche Rüstungsexportbericht für 2016. So wurden die Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen gegenüber dem Vorjahr um unglaubliche 47 Prozent gesteigert. Dabei ist die Absatzlage nicht nur im Bereich der Kleinwaffen so gut wie seit Jahren nicht.

Rüstungsexportgeschäft brummt

In einer Zeit internationaler Instabilitäten und blutiger Kriege und Bürgerkriege zählt Deutschland seit Jahren zu den weltweit fünf größten Exporteuren von Großwaffensystemen und Rüstungsgütern: U-Boote und Kriegsschiffe von „ThyssenKrupp Marine Systems“ und der Luerssen-Werft, Kampfflugzeuge und Militärhubschrauber von Airbus, Lenkflugkörper von Diehl, Kampfpanzer von Krauss-Maffei Wegmann, Panzerfahrzeuge von Rheinmetall sowie Militärfahrzeuge von Mercedes Military und MAN werden hemmungslos in Kriegs- und Krisengebiete exportiert.

Im Bereich der Kleinwaffen – Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehre – rangiert Deutschland nach den USA und Italien sogar auf Platz 3 weltweit.

Als Bundeswirtschaftsminister kam Sigmar Gabriel von Ende 2013 bis Ende 2016 die entscheidende Rolle im Bundessicherheitsrat zu.

Heute ist es an der Zeit zur ersten Bewertung der Ära Gabriel als Bundeswirtschaftsminister. Seine Bilanz ist vernichtend: Unter seiner Ägide wurden die Waffenexportgenehmigungen 2014 bis 2016 gegenüber den Vorjahren weiter gesteigert. Der absolute Höchstwert aller Zeiten wurde 2015 erzielt, als der BSR Einzel- und Sammelausfuhren im Volumen von 12,81 Milliarden Euro genehmigte. Unter den Empfängerländern befanden sich zahlreiche kriegführende bzw. menschenrechtsverletzende Staaten, selbst astreine Diktaturen.

Der letzte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung vor der Bundestagswahl ist schlichtweg ernüchternd. Die Vorabpublikation beschreibt eine Katastrophenbilanz für das Jahr 2016. Unter den Top Ten der Empfängerländer deutscher Kriegswaffen befanden sich 2016 fünf Drittstaaten: Algerien, Saudi-Arabien, Ägypten, Südkorea und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Die Streitkräfte von Saudi-Arabien, Ägypten und den VAE waren und sind am Krieg im Jemen beteiligt.

Anlässlich der Reise von Bundeskanzlerin Merkel nach Saudi-Arabien signalisierte die Regierung in Riad gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel vorerst Zurückhaltung bei weiteren Rüstungsexportanfragen. Im Gegenzug verkündete die Kanzlerin, dass die Bundeswehr alsbald saudisches Militär ausbilden werde.

Zur Klarstellung: Weder der derzeit stattfindende tödliche Kriegseinsatz der saudischen Luftwaffe im Jemen mit deutsch-britischen Tornado- und Eurofighter-Kampfflugzeugen von Airbus sowie deutsch-italienischer Bomben von Rheinmetall Italia noch die desaströse Menschenrechtslage hinderten die christdemokratische Kanzlerin an dem militärischen Deal mit dem salafistischen Herrscherhaus in Riad.

Als Erfolg verkaufte die Bundesregierung derweil die Behauptung, dass Merkel die Menschenrechtslage im Land angesprochen habe. Was für ein Zynismus angesichts der Tatsache, dass saudische Gerichte 2016 erneut die „Todesurteile“ für eine Reihe von Straftaten“ verhängten, wie Amnesty International im neuen Jahresbericht 2016/2017 analysiert.

Auch unter Sigmar Gabriels Nachfolgerin Brigitte Zypries im Wirtschaftsministerium zeichnet sich keinerlei Kurswechsel ab. Jüngst genehmigte der Bundessicherheitsrat zwei weitere Rüstungsexporte an die Vereinigte Arabische Emirate – ungeachtet der massiven militärischen Intervention der VAE im Jemen. Somit darf beispielsweise die Firma Junghans Microtec aus Rottweil 203 448 Zünder für 40-mm-Infanteriepatronen an die Militärs in den Emiraten liefern.

Aktivitäten gegen Rüstungsexporte im Bundestagswahlkampf

Die Friedens- und Menschenrechtsbewegung muss der menschenverachtenden Rüstungsexportpolitik des BSR tatkräftig entgegenreten. Mit unserer Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, in der die DFG-VK seit ihrer Gründung als Trägerorganisation aktiv ist, haben wir uns seit 2011 im breitesten zivilgesellschaftlichen Bündnis gegen Rüstungsexporte in der Geschichte der Bundesrepublik zusammengeschlossen. Im Kampagnenrat vertritt Stephan Möhrle die DFG-VK. Insgesamt sind wir mittlerweile weit mehr als einhundert Organisationen im Trägerkreis und im Aktionsbündnis – und noch immer erhalten wir Zuwachs.

Auf dem Weg zu einem grundsätzlichen Verbot der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern fordern wir als „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ von der Bundesregierung und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages als nächste Schritte:

- Ein Verbot des Exports von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition.
- Den Stopp des Exports von Kriegswaffen, Rüstungsgütern und Dual-Use-Gütern in kriegführende und an menschenrechtsverletzende Staaten.
- Ein Verbot von Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter.
- Ein Verbot von staatlichen Hermes-Bürgschaften zur finanziellen Absicherung von Rüstungsgeschäften.

Bis zur Bundestagswahl im September führen wir zahlreiche Aktivitäten durch – und freuen uns auf eure Unterstützung und Mitwirkung. Sechs Handlungsoptionen seien an dieser Stelle genannt:

1. Zu unseren vier zentralen Forderungen wollen wir bundesweit die Kandidat*innen der Parteien befragen. Helft uns dabei, indem ihr die vorformulierten „Wahlprüfsteine zum Rüstungsexport für die Bundestagswahl 2017“ (siehe www.aufschrei-waffenhandel.de) an die Kandidat*innen eures Wahlkreises schickt – und uns die Antworten zukommen lasst. (Übrigens: Sobald die Fragen modifiziert eingereicht werden, kann nicht mit standardisierten Vordrucken geantwortet werden.)

2. Im Vorfeld der Bundestagswahl organisieren wir Podiumsgespräche und -diskussionen mit Bundestagsabgeordneten bzw. -kandidat*innen.

3. Gemeinsam mit den Kritischen Aktionär*innen treten wir bei Hauptversammlungen von Rüstungskonzernen auf: In Aktionen vor und in den HVs, durch Gegenanträge zur Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat – zuletzt sehr erfolgreich praktiziert bei den Hauptversammlungen der Daimler AG und der Rheinmetall AG in Berlin.

Beim größten deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall riefen die Berliner Initiative „Legt den Leo an die Kette“ und „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ zur Protest-Kundgebung am 9. Mai im Hotel Maritim auf.

„Im autoritär regierten Algerien entsteht eine Panzerfabrik für 1000 Fuchs-Radpanzer von Rheinmetall, in der Türkei unter dem Despoten Erdogan will Rheinmetall eine Panzer- und eine Munitionsfabrik errichten, um die deutschen Exportkontrollen umgehen zu können“, kritisierten Lühr Henken und Heinz Kappei in ihrer Pressemitteilung. Bei der Kundgebung sprach u.a. Christine Hoffmann, Generalsekretärin von pax christi und eine der drei Aufschrei-Sprecherinnen.

4. Für die Zeit vom 10. bis zum 16. Juli ruft die Aufschrei-Kampagne zu einer Aktionswoche gegen deutsche Rüstungsexporte auf. Mit einstündigen Transparentaktionen an möglichst vielen Orten (Grenzübergängen, Rüstungsfabriken und Wahlkreisbüros) können wir unserer Forderung „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“ öffentlichkeitswirksam Nachdruck verleihen. Koordinator ist der Aufschrei-Kampagnensprecher Paul Russmann (siehe www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen/aktionswoche-gegen-ruestungsexporte.html).

5. Nach meinen Strafanzeigen vom April 2010 wird wohl in diesem Herbst vor dem Landgericht Stuttgart der Strafprozess gegen sechs ehemalige Mitarbeiter von Heckler & Koch stattfinden – unter ihnen zwei frühere Geschäftsführer. Der Vorwurf lautet auf Lieferung abertausender G36-Sturmgewehre in für Exporte verbotene Unru-

heprovinzen Mexikos. Die Prozesse sind öffentlich – kommt nach Stuttgart!

Und wir planen längst über die Bundestagswahl 2017 hinaus:

6. Aktion Aufschrei wird in den Tagen ab Pfingsten kommenden Jahres, also 2018, den Staffellauf **Oberndorf – Kassel – Berlin. Frieden geht! Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte** unterstützen. Gemeinsam mit Kulturschaffenden in der Republik werden wir in vielfältigen Aktionen die Forderung des Stopps von Rüstungsexporten nach Berlin tragen (weitere Informationen: www.frieden-geht.de).

Wichtig: Kommt zum Multiplikatorentreffen am 16. Juni von 10:30 bis 16:30 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60322 Frankfurt/Main.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 9. Juni bei Roland Blach, DFG-VK (ba-wue@dfg-vk.de) oder bei Stefan Maaß, Arbeitsstelle Frieden der Ev. Landeskirche in Baden (Stefan.Maass@ekiba.de).

Lasst uns das Bündnis von Friedens-, Menschenrechts- und Entwicklungsbewegung, Kirchen und Gewerkschaften derart stärken, dass Rüstungsexporteur in Politik, Industrie, Lobbyverbänden und Banken geächtet, dass Rüstungsexporte gestoppt und dass die Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung umgestellt wird.

Jürgen Grässlin ist DFG-VK-Bundesprecher und einer der drei Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“



Grässlin hielt beim Berliner Ostermarsch eine mit viel Beifall bedachte Rede gegen Waffenhandel (www.youtube.com/watch?v=GXUoqelQz58)

Foto: Bernadette Conrad